



# urban forum

Die Zeitschrift für den Lebensraum Stadt.



## Wie das teuer gewordene Leben meistern?

### Wohnen ist ein Grundrecht

Interview mit Andreas Kollross

S 3

### Ist Freizeit noch leistbar?

Kommentar von Peter Zellmann

S 5

### Soziale Energieberatung

Kommentar von Thomas Kautnek

S 8



## Liebe Leserinnen, liebe Leser!



**Mag.ª (FH) Anita Oberhofer**

Leitung Marketing & PR  
von Urban Forum

Das Leben wird immer teurer“, „Wohnen wird Luxus: Wer kann sich das noch leisten?“, „Steigende Lebenshaltungskosten bereiten Österreichern größte Sorgen“ – so und ähnlich lauteten in den vergangenen Wochen viele Schlagzeilen von Zeitungen oder Titeln von TV-Dokumentationen, und häufig schneidet unser Land dabei schlechter als Deutschland und andere europäische Staaten ab. Die Statistik Austria hat für März 2023 eine Inflationsrate von 9,1% für Österreich berechnet. „Wie das teuer gewordene Leben meistern?“ ist daher eine Frage, die nicht nur sehr viele Menschen, sondern auch unseren Vorstand sowie unser Kuratorium beschäftigt und dazu angeregt hat, die vorliegende Ausgabe von „Urban Forum“ unter dieses Motto zu stellen. Wir haben Fachleute eingeladen, ihre Expertise zu den Politikfeldern Wohnen, Bildung, Freizeit, Gemeindefinanzen und Energie einzubringen. Darüber hinaus wird uns auch – wie in den vergangenen Nummern und diesem Heft – der Klimawandel nachhaltig beschäftigen.

Der Umstand, dass es glücklicherweise kaum noch COVID-19-Abwehrmaßnahmen geben muss, hat ermöglicht, dass Urban Forum auch wieder große Veranstaltungen mit viel Publikumszuspruch durchführen kann. In diesem Sinne fand am 2. März in Wiener Neustadt die Präsentation des Sammelbandes „Weckruf Corona. Gesellschaftliche Diagnosen für unser Leben nach der Pandemie“ von Günther Sidl mit einer motivierenden Keynote des Meteorologen und TV-Moderators Andreas Jäger statt, am 20. März folgte die Buchpräsentation

von „Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf Österreichs Gemeinden. Erkenntnisse der Jahre 2020 und 2021 für ein nachhaltiges Finanzierungsmodell der Kommunen und deren gesamtstaatliche Rollenentwicklung“ durch Autor David Majcen im Wappensaal des Wiener Rathauses mit einem Referat von Peter Biwald (Geschäftsführer KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung). Insgesamt konnten wir rund 170 Gäste begrüßen. Unser erstes internationales Online-Forum haben wir heuer zum Thema „Human Security in the Post-Pandemic Digital Era“ durchgeführt, an dem u. a. die Menschenrechtsexpertin Eva Sobotka teilgenommen hat. All dies können Sie auf unserer Homepage [www.urbanforum.at](http://www.urbanforum.at) nachlesen.

**Zuletzt darf ich Ihnen versprechen, dass wir in der kommenden Zeit mit demselben Elan an wichtigen urbanen und gesellschaftlichen Themen arbeiten werden, nicht zuletzt, da heuer unser Verlag Urban Future Edition sein 5-jähriges und unser Verein Urban Forum sein 10-jähriges Jubiläum gebührend feiern wird. Wir halten Sie am Laufenden, bleiben Sie neugierig!**

„Wohnen ist ein Grundrecht.  
Damit darf nicht spekuliert werden!“

**Sie sind sowohl Bürgermeister der Markt-gemeinde Trumau, als auch Abgeordneter zum Nationalrat und dabei Kommunal-sprecher Ihrer Fraktion. Im Jänner 2023 haben Sie einen „Mieterschutzschirm gegen Mietpreisexplosion im gemeinnüt-zigen Wohnbau“ gefordert, da die Mieten um bis zu 35% steigen würden. Bitte er-klären Sie unseren LeserInnen und Lesern, was Sie darunter verstehen?**

Der gemeinnützige und geförderte Wohnbau steht schon länger vor einer Problemstellung. Da sind einmal die immer höher werdenden Grundstückspreise, die natürlich auf die Mie-ten umzulegen sind, eine Wohnbauförderung, die zwar von der Geschichte her einzigartig ist in Österreich, den Entwicklungen der Ge-genwart aber zu wenig Rechnung trägt und viel zu nieder angesetzt ist, um Mieten wirk-lich günstig zu halten. Zu guter Letzt zwei Entwicklungen der Neuzeit: Zum einen die Baukostenexplosion, die mit den hohen Grundstückspreisen für immer höher werdende Mieten sorgt und die Anhebung des Leitzinssatzes, was sich nun am dramatischsten auf die Mieten niederschlägt. Während die niedrigen Zinsen in den letzten Jahren die zuvor beschriebene Situation kaschierten, so bedeutet die Steigerung des letzten halben Jahres Erhöhungen von bis zu 35%. Je nach-dem wie alt die Wohnung ist. Je neuer die Wohnung, desto dramatischer der Anstieg, weil die Zinsen noch einen beachtlichen Teil der Rückzahlung beim Kreditvolumen ausma-chen. Und diese Erhöhung kommt zu einem Zeitpunkt der Energiepreisteigerungen, was die Wohnkosten schon sehr verteuert.

**Wie es derzeit aussieht, findet sich im Na-tionalrat aber nur eine Mehrheit für eine Wohnkostenbeihilfe anstelle einer Miet-preisbremse. Was wären Ihre Vorschläge für langfristige Lösungen, die verhindern, dass viele Menschen nicht mehr in der Lage sind, die Miete zu bezahlen?**

Mir ging es mit dem Mieterschutzschirm nicht nur darum, die momentane Situation zu entschärfen. Vielmehr brauchen wir neue Modelle und eine Veränderung und Erhöhung der Wohnbauförderung, gekoppelt mit einer Förderbank für Kredite, die es gemeinnützi-gen Wohnbauträgern ermöglicht, nicht am freien Markt Kapital aufzunehmen und so-

mit Mieten nicht von den Schwankungen des freien Finanzmarktes abhängig zu machen. Parallel wird es bei den hohen Baukosten auch Veränderungen der Raumordnung brau-chen, um zum Beispiel höher und effizienter zu bauen und bei Umwidmungen größerer Flächen einen Teil mit einer Widmungskate-gorie „sozialer Wohnbau“ samt festgelegtem Grundstückspreis zu versehen. Es braucht wie so oft seitens der Politik einen Markteingriff zum Schutz der Menschen. Ansonsten verdie-nen wieder nur einige und die breite Maße zahlt die Zeche. Wohnen darf nach meinem Verständnis nicht in diese Kategorie fallen. Wohnen ist ein Grundrecht. Damit darf nicht spekuliert werden.



**Was versuchen Sie als Bürgermeister Ihrer Heimatgemeinde für leistbares Wohnen zu unternehmen und welche Zukunft sehen Sie generell für Gemeindewohnungen?**

Die Verantwortung in diesem Bereich auf die Gemeinden und Städte herunterzudrücken halte ich für falsch. Kommunen sind der kleinste und finanziell schwächste Faktor der Gebietskörperschaften. Viele Gemeinden sind nicht einmal mehr in der Lage, ihr Budget ausgeglichen zu bilanzieren. Ihnen zu sagen, ‚Sorgt für leistbaren Wohnbau‘ halte ich für zynisch. Leistbares Wohnen darf nicht von der Finanzkraft der Kommunen abhängig gemacht werden. Es braucht landes- und bundesweite Regelungen und Finanzierungsmodelle.

**Sie sind auch Obmann des gemeinnützigen Wohnbauträgers GEBÖS. Bedeutet die For-derung nach einem „Mieterschutzschirm**

**gegen Mietpreisexplosion im gemein-nützigem Wohnbau“ nicht auch das Einge-ständnis, dass am Sektor der Wohnbauge-nossenschaften Fehler passiert sind?**

Nein das bedeutet es nicht. Gemeinnützige Wohnbauträger haben mit dem Wohnungs-gemeinnützigkeitsgesetz eine klare Vorgabe was sie zu tun und was sie zu lassen haben. Dieses Gesetz würde ich auch nicht antasten wollen, denn es besagt, dass die Kosten auf die Mieten umzulegen sind, aber eben nur die Kosten. Also keine Gewinne mit Wohnungs-vermietungen im Gegensatz zu privaten An-bietern. Es sind nur die Kosten mittlerweile zu hoch bzw. die Förderungen zu gering, um auf Sicht leistbaren Wohnraum zu garantieren, der diese Betitelung auch verdient.

**Wie real ist die Gefahr, dass Wohnen zum Luxus verkommt?**

Der Sinn von gemeinnützigen Wohn-bauträgern ist ja genau jener, hier entgegenzusteuern. Das hat in der Ver-gangenheit gut funktioniert. Die Welt dreht sich nur weiter und somit muss sich auch in diesem Bereich etwas ver-ändern. Steigende Kosten können nicht mit alten Förderungen und Modellen be-kämpft werden. Es braucht eine Weiterent-wicklung. Gibt es diese nicht, wird weniger Wohnraum gebaut, was natürlich zur Folge hat, dass die Verknappung zu noch stärker steigenden Mieten führt.



**Abg. z. NR Andreas Kollross**  
Bürgermeister der Marktgemeinde Trumau  
Obmann GEBÖS –  
gemeinnützige Baugenossenschaft  
österreichischer Siedler und Mieter

## Klimawandel und künstlicher Kaffee

Klimawandel ist nicht neu für uns. Es war zum Beispiel die kleine Eiszeit im 14. Jahrhundert, später der sogenannte Jahrtausendwinter 1708–1709 und die „Kartoffelrevolution im 1847“, die unter anderem zur Lebensmittelknappheit in Europa führten. Auch wir spüren den Klimawandel jeden Tag und es kann passieren, dass in 30-40 Jahren Kaffee, Kakao, Bananen, Reis und Kartoffeln knapp werden.

Experten sagen, dass der Kaffee nicht ausgehen wird, weil viele Wissenschaftler bereits daran arbeiten, dieses Problem zu lösen. Täglich werden weltweit mehr als zwei Milliarden Tassen Kaffee getrunken und die Nachfrage steigt weiter. Dazu kommt, dass bis zum Jahr 2050 die Hälfte der Kaffeeanbaugebiete verschwinden könnte. All dies macht es notwendig, gute Lösungen zu finden. Das Kaffeeproblem kann Europa besonders treffen. Die europäischen Länder sind Spitzenreiter im Kaffeetrinken und haben eine berühmte Ca-

fékultur. In Österreich kann man zum Beispiel aus 150 Kaffeesorten wählen, und in Wien gibt es mehr als tausend Kaffeehäuser.

Eine mögliche Lösung für das Kaffeeproblem wurde bereits gefunden: Es ist der künstliche Kaffee, der vor zwei Jahren in Finnland hergestellt wurde. Warum gerade dort? In dem nordischen Land trinkt man am meisten Kaffee auf der Welt. (zwölf Kilogramm pro Kopf und Jahr) Der Kaffee aus dem finnischen Labor schmeckt ähnlich wie herkömmlicher, sagen die Experten. Viele sind skeptisch, aber wenn es wirklich kaum Kaffee gibt, dann kann es sein, dass mehr Leute die künstliche Variante probieren und vielleicht schmeckt diese besser als viele jetzt denken. In naher Zukunft sollte man daher den künstlichen Kaffee populär machen. Kostenlose Kaffeeproben können eine gute Idee sein und der künstliche Kaffee sollte auch billiger sein als andere Heißgetränke, damit mehr Kunden auch in die alten, traditionellen Kaffeehäuser kommen würden.

Gleichzeitig ist es nicht gut, daran denken zu müssen, dass aufgrund des Klimawandels immer mehr unserer Lieblingsgetränke und -speisen künstlich ersetzt werden können. Mehr klimafreundliche Technologie spielt eine große Rolle in dieser Hinsicht, aber Bildung und Erziehung können noch wichtiger sein, um den Kampf gegen den Klimawandel stärker zu unterstützen.



© zVg

**Nicole Gao**

Studentin (Budapest/Ungarn)

## Was Bildung in Krisenzeiten leisten kann

Demokratie- und Wissenschaftsfeindlichkeit, wirtschaftliche bzw. soziale Instabilität und Zukunftsängste. Nicht erst seit Corona begleiten uns krisenhafte Szenarien und vor allem entsprechende Stimmungen in der Bevölkerung. Für das Bildungssystem wirkte die Pandemie wie ein Brennglas. Je nach Ausstattung des Elternhauses, Vorhandensein von privaten Lernräumen und Betreuungsmöglichkeiten kamen Schüler\*innen besser oder schlechter durch diese Ausnahmesituation. Schon vorher gehörte das österreichische Schulsystem zu jenen, welches Unterschiede nach sozialer Herkunft am wenigsten ausgleicht. Bildung kann zwar einiges. Aber einiges läuft eben auch grundverkehrt.

Noch weitaus dramatischer, also besonders unfair, stellt sich die Situation im – nach Teilnahmezahlen – größten Bildungssektor dar; nämlich der Erwachsenenbildung. Gerade hier ist der Zugang zu Bildung eine Frage des Geldes. Bereits 42% der Weiterbildungskosten finanzieren hier die privaten Haushalte. Tendenz steigend. Gleichzeitig erhält weniger als ein Drittel derjenigen Erwachsenen Wei-

terbildung, deren bisher höchster Bildungsabschluss die Pflichtschule ist (31,2%); bei Hochschul-Absolvent\*innen sind es 74,9%. Die staatlichen Bildungsbudgets vernachlässigen zudem insbesondere die allgemeine Erwachsenenbildung – und damit u. a gerade so wichtige Fragen wie die Demokratiebildung oder die Wissenschaftskommunikation. Volkshochschulen erhalten gerade einmal 2% ihrer Einnahmen aus dem entsprechenden Budget des Bildungsministerium. Gerade hier könnte durch Bildung in Krisenzeiten unendlich viel mehr geleistet werden: Erklären wie man Energie spart, aber auch wo die Hintergründe der Energiekrise liegen, oder die Digitalisierung durch eine entsprechende Ausstattung von allen (!) Bildungseinrichtungen wirklich allem Menschen näher zu bringen.

Gleichzeitig ist klar, dass Bildung nicht alles kann. Bildung allein schafft z. B. keine Arbeitsplätze. Eine kluge Strategie der öffentlichen Hand kann aber zumindest verhindern, dass ganze gesellschaftliche Gruppen dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen bleiben. Bildung kann auch nicht allein De-

mokratie- und Wissenschaftsfeindlichkeit zum Verschwinden bringen; vor allem dann, wenn diese Tendenzen durch einzelne Parteien in millionenschweren Kampagnen instrumentalisiert und befeuert werden. Sie kann aber, gegen entsprechende Einstellungen und Vorurteile in der Gesellschaft wirken. Gerade auch hier zeigen Volkshochschulen wie es gehen kann. Nicht zuletzt durch den bewussten Verzicht auf esoterische Formate, setzen sie in Zeiten von Fake News und Verschwörungstheorien ein wichtiges gesellschaftspolitisches Zeichen.



© Elisabeth Mandl

**Dr. John Evers**

Generalsekretär

Verband Österreichischer Hochschulen

## Ist Freizeit noch leistbar?

Wie bei vielen Lebensbereichen wird auch im politische Handlungsfeld Freizeit die tatsächliche Bedürfnislage der Bevölkerung kaum richtig eingeschätzt. Jedenfalls nicht aus der Sicht der Betroffenen, also uns Menschen. Schon der Begriff ist voriges „Jahrtausend“. Die deutsche Lesart von „Freizeit“ wird dem ganzheitlichen Ansatz moderner Lebensstile keineswegs gerecht. Das Englische, auch in Skandinavien verwendete „Leisure“ wir dieser Bedeutung viel mehr gerecht. Wir sind nicht frei von etwas (z. B. Arbeit), sondern – nicht zuletzt dank des Einsatzes der Arbeitnehmervertretungen – frei für Dinge. Dennoch plaudern Politik, Wirtschaft und vor allem die Medien ständig von der „Work-Life-Balance“. So, als ob Arbeit – i. S. von Leistung – nicht untrennbarer Teil des Lebens, des Ganzen wäre. Die individuelle Interpretation von Lebensqualität hat die Parteizentralen und -programme immer noch nicht erreicht. Das „Sowohl als auch“ hat das „Entweder oder“ des 20. Jahrhunderts aber längst abgelöst. Ganzheitlichkeit dominiert die Lebensstile der Menschen. Das ist keine Frage der Quantität (z. B. Wochenstunden), sondern vor allem der Qualität. Der Wunsch nach Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist das plakativste Zeichen dieser Entwicklung. Individuelle Gestaltung der Wochenarbeitszeiten, Zeit für sich, für Familie, Freunde und Partner ist nicht das Zeichen einer hedonistischen, leistungsverweigernden Gesellschaft! Ganz im Gegenteil. Solche Lebensstile sind typisch für gut ausgebildete, aufgeklärte, demokratisch gut entwickelte Gesellschaften. Sie sind aber auch Zeichen einer Wohlstandsgesellschaft. Das Erreichte erhalten ist den meisten von uns wichtiger als grenzenloses Wachstum.



© zvg

**Prof. Mag. Peter Zellmann**

Leiter des Instituts für Freizeit- und Tourismusforschung (IFT)

Womit wir beim Thema dieses Heftes sind. Ganzheitliche Lebensstile, Lebenszufriedenheit und einen positiven Blick in die Zukunft muss man sich auch „leisten“ können. Und genau dieses Ziel gerät nun zunehmend, durch immer mehr Krisen in Gefahr. Migration, Klima, Energie, Krieg, Inflation, der Wandel in der Arbeitswelt durch Automatisierung, aber auch der Fachkräftemangel sind bedrohliche Szenarien. Können wir uns jetzt bald unsere hart erkämpfte Freizeit nicht mehr leisten? Auch Wohnen ist Teil des Außerberuflichen. Mieten, Betriebs- und Energiekosten zwingen etwa die Hälfte der Bevölkerung zu mehr oder weniger großen Einschränkungen. Ist dadurch unsere Lebensqualität nun in Gefahr?

Die Antwort gibt für den überwiegenden Teil der Menschen nicht mehr nur die Politik. Und das ist gut so! Es kommt auf jede, auf jeden Einzelnen an. Wenn uns Lebensqualität wichtiger ist als Lebensstandard, die Umwelt wichtiger als Konsum, Familie wichtiger als Karriere und Freunde wichtiger als Netzwerke, dann liegt die Antwort auf der Hand: Überprüfe was dir wirklich wichtig ist, lerne loszulassen, wünsch dir nur realistisch Erreichbares und heb dir noch ein paar Wünsche für später auf. Nicht Lebensberater weisen uns den Weg in die Zukunft, sondern vor allem wir selbst. Die wichtigste Erkenntnis auf diesem Weg: Zeit ist für unsere Lebensqualität wichtiger als Geld. Es gibt mittlerweile sehr viele Freizeitangebote die wenig oder gar nichts kosten. Steig um! Man kann nicht in die Zukunft schauen, aber „man kann den Grundstein für etwas Zukünftiges legen, denn Zukunft kann man bauen“ (Antoine de Saint-Exupery). Sie „passiert nicht“, sie wird von jedem von uns selbst gestaltet. In nächster Zeit vielleicht mit ein biss'l mehr Verzicht. Den wirklich Armen müssen wir trotzdem helfen. Die Freizeit bietet dazu viele Möglichkeiten!



© Bigstock

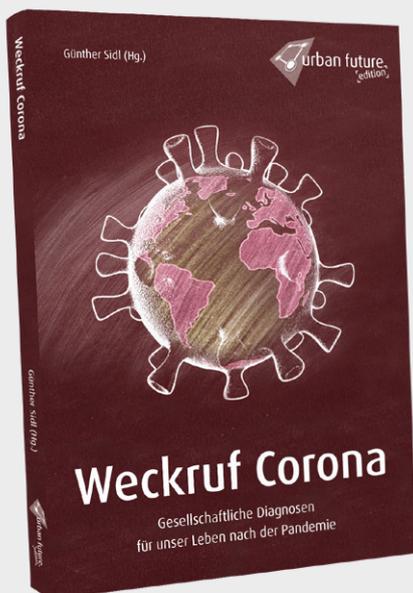


**Autor:** David Majcen  
 ISBN: 978 3 200 08951 8  
 EUR 15,- (zzgl. Versandkosten)  
 Erschienen März 2023  
 90 Seiten



Im März durfte Urban Forum im Wappensaal des Wiener Rathauses das Buch „Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf Österreichs Gemeinden“ von David Majcen präsentieren. Der Veranstaltung – eine Kooperation mit dem Österreichischen Städtebund, KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung und Wiwipol – Arbeitsgemeinschaft für wissenschaftliche Wirtschaftspolitik – wohnten rund 80 Gäste, darunter auch unser Präsident Michael Häupl, bei. Die überaus informative Keynote hielt KDZ-Geschäftsführer Peter Biwald. Am Podium waren neben dem Buchautor auch Karin Bailer (Bürgermeisterin von Schwechat), Thomas Weninger (Städtebund-Generalsekretär) und Rupert Dworak (Bürgermeister von Ternitz und Gemeindebund-Vizepräsident) vertreten.

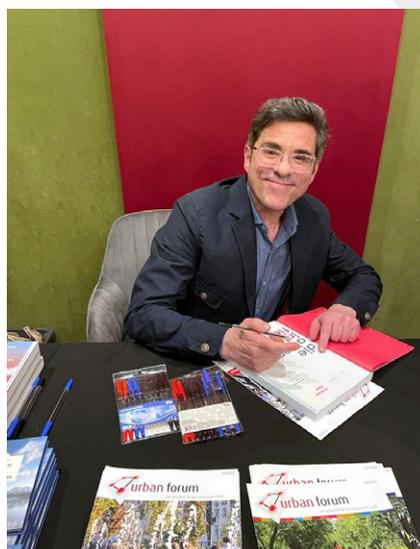
Bestellungen an [office@urbanforum.at](mailto:office@urbanforum.at)



**Herausgegeben von:** Günther Sidl  
 ISBN: 978 3 200 08601 2  
 EUR 20,- (zzgl. Versandkosten)  
 Erschienen 2022, 230 Seiten

Der Einladung von Urban Forum zur Buchpräsentation des Sammelbandes „Weckruf Corona“ von Günther Sidl (Mitglied des Europäischen Parlaments) mit einer fantastischen Keynote des Meteorologen und TV-Moderators Andreas Jäger zum Thema „Die Auswirkungen des Kli-

mawandels auf unsere Gesellschaft“ ins Zentralkino-Center Wiener Neustadt folgten fast 90 Gäste und waren, wie wir aus den Rückmeldungen wissen, sehr zufrieden über die Wissensvermittlung, Inputs und Ermunterungen, selbst etwas für unseren Planeten zu tun.



## Was bewirkte die Pandemie in Österreichs Gemeinden?

Nach dem ersten Lockdown am 16. März 2020 traten sehr rasch Fragen zum Umgang mit der Pandemie in den Mittelpunkt der Debatten auf Gemeindeebene: Welche Auswirkungen wird die Pandemie für die Organisation und den Betrieb der kommunalen Daseinsvorsorge haben? Was bedeutet die Pandemie für die Gemeindefinanzen? Welche neuen Herausforderungen werden auf die Gemeinden zukommen?

### Die kommunale Daseinsvorsorge hatte keine Kurzarbeit!

Die Vielfalt der Daseinsvorsorge blieb auch mit dem ersten wie auch den folgenden Lockdowns aufrecht und in Betrieb. Die Ver- und Entsorgung mit den Schwerpunkten Wasserversorgung, Abwasserentsorgung sowie Abfallbeseitigung funktionierte weiter rund um die Uhr. Auch die Mobilität durch den ÖPNRV war gesichert, wenn auch zeitweise im Ferienfahrplan sowie ohne Nachtbetrieb. Im Bildungsbereich war die Kinderbetreuung durchgehend in Betrieb, auch in den kritischen Zeiten der Pandemie war Betreuung für jene Eltern, die diese benötigen, gewährleistet.

Im Sozialbereich war die ambulante wie auch stationäre Pflege gesichert, die Mitarbeiter\*innen waren durchgehend für die zu pflegenden Personen im Einsatz. Neue Aufgaben kamen mit dem Fortschreiten der Pandemie hinzu: Die Gemeinden durften und mussten ihre Kompetenzen und Erfahrungen bei der Organisation der Test- und Impfstraßen zur Verfügung stellen. Ohne diese wären die „Massentestung“ im Dezember 2020 wie auch die folgenden Impfschwerpunkte nur schwer umsetzbar gewesen. Die Gemeinden waren ebenso Garant für stabile Beschäftigungsverhältnisse für mehr als 78.000 Bedienstete. Ebenso wurde ein Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung geleistet, das kommunale Investitionsniveau blieb in den Jahren 2020 bis 2022 hoch.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die **kritische Infrastruktur auf kommunaler Ebene durchgehend in Betrieb war**. Die Gemeinden haben einen zentralen **Beitrag zur Bewältigung der Gesundheitskrise** geleistet.

### Die Pandemie hat bei den Gemeindefinanzen zunächst Spuren hinterlassen

Im Jahr 2020 brachen die Gemeindeeinnahmen – insbesondere Ertragsanteile und Kommunalsteuer – ein. Dies konnte nur zu einem Drittel durch höhere Transfers vom Bund und den Ländern aufgefangen werden, sodass es insgesamt einen Rückgang bei den Gemeindeeinnahmen (ohne Wien) von 350 Mio. Euro gab. Auf der anderen Seite stiegen die operativen Ausgaben um 300 Mio. Euro, sodass der Überschuss der operativen Gebarung um ein Drittel bzw. 650 Mio. Euro zurückging.

Die Bundes- und Landesförderungen haben ab Ende 2020 geholfen, brachte doch das Kommunale Investitionsprogramm eine Stabilisierung der Gemeindeinvestitionen. Trotzdem waren steigende Finanzschulden sowie die Verwendung eines Teils der vorhandenen Rücklagen die Konsequenz des schwierigen Jahres 2020.

### Rasche Erholung 2021/2022 – vor einer weiteren Zäsur ab 2023

Die Jahre 2021/22 waren von einer raschen finanziellen Erholung geprägt. Der Überschuss der operativen Gebarung war 2022 mit rund 2,7 Mrd. Euro bzw. 15 % der operativen Ausgaben wieder auf dem Vorkrisenniveau von 2019 gelegen. Die Investitionen konnten daher auch 2021 und 2022 auf dem hohen Niveau von 2019 gehalten werden.

2022 ereilten uns die nächsten Krisen: Inflation und Energiekrise, verstärkt durch den Krieg in der Ukraine. Insgesamt zeigt sich, dass 2023 die Ausgaben doppelt so stark steigen werden wie die Einnahmen, wodurch die ohnehin schon angeschlagene Finanzierung der kommunalen Daseinsvorsorge zusätzlich unter Druck kommt. Es ist damit zu rechnen, dass die operativen Spielräume der Gemeinden ab 2023 mittelfristig um ein Drittel unter dem Vorkrisenniveau 2019 liegen werden.

### Es bedarf grundlegender Reformen der Gemeindefinanzierung

Mit Ende 2023 läuft das Finanzausgleichsgesetz aus, die Verhandlungen für eine neue Finanzausgleichsperiode laufen. Um die finanziellen Spielräume der Gemeinden und insbesondere die Finanzierbarkeit der kommunalen Daseinsvorsorge zu stärken, bedarf es folgende Reformen:

- eine Flexibilisierung des vertikalen Finanzausgleichs, um die besonders dynamischen Aufgabenbereiche (v.a. Kinderbetreuung, Ganztagschulen, öffentlicher Verkehr, Soziales, Gesundheit), durch Anpassung der vertikalen Schlüssel auf die Gebietskörperschaftsebenen, besser finanzieren zu können;
- Reform der Finanzierung von Gesundheit und Soziales;
- die Stärkung der Einnahmepotenziale der Gemeinden – durch Grundsteuerreform und Stärkung der Nutzerfinanzierung,
- Strukturreformen auf Gemeindeebene durch flächendeckende Kooperationen sowie Fusionen.



© ZfVg

**Mag. Peter Biwald**  
Geschäftsführer

KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung

## Von Energiespartipps bis zur sozialen Energieberatung

Wie hoch ist die nächste Rechnung vom Energieanbieter? Diese Frage beschäftigt heuer alle Haushalte in Österreich. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der Suchanfragen auf Google zum Thema „Gas sparen“ um 1.276%. Einsparen wollen die Österreicher:innen außerdem laut den Suchtrends Warmwasser sowie Strom fürs Wäschewaschen und den Kühlschrank.

Die Österreichische Energieagentur hat für vier Musterhaushalte erhoben, wie groß das Potenzial in den Bereichen Strom, Wärme und Mobilität ist: Rund 20% können alleine durch Verhaltensänderungen und kleine Investitionen schnell eingespart werden. Im Haushalt ist der erste Schritt, den Verbrauch zu kennen. Den finden Sie auf der Jahresrechnung des Energieanbieters. Für das Heizen wird übrigens viel mehr Energie gebraucht als für den Haushaltsstrom; etwa 70%. Einen schnellen Erfolg bringt die Suche nach Energiefressern.

Nutzen Sie Schalterleisten, um die Standby-Verbräuche zu minimieren. Tipp Nummer 2: Drehen Sie die Heizung herunter. Wenn Sie die Raumtemperatur um ein Grad senken, sparen Sie ca. 6% Heizenergie. Weitere Energiespartipps sowie Geräteempfehlungen finden Sie auf [topprodukte.at](http://topprodukte.at).

Der Umstieg auf neue, sparsame Geräte ist für einkommensschwache Haushalte allerdings oft nicht leistbar. Genau für diese Menschen gibt es jetzt ein spezielles Angebot. Der Klima- und Energiefonds fördert mit Mitteln des Klimaschutzministeriums kostenlose Energiesparberatungen für armutsgefährdete Haushalte, die mit dem Tausch von Energiefressern kombiniert sind. Pro Haushalt wird der Tausch eines ineffizienten, veralteten Elektrogerätes gefördert. Mit einem neuen Kühlschrank können so bis zu 100 Euro pro Jahr eingespart werden. Rund 140 Berater:innen wurden von klimaaktiv für diese Förderaktion ausgebildet.

**Infos dazu gibt es auf:**

[www.caritas.at/energiesparberatung](http://www.caritas.at/energiesparberatung)



© Österreichische Energieagentur

**Mag. Thomas Kautnek**

Senior Expert

Österreichische Energieagentur

**Blackout: Wie gut haben Österreichs Bürger:innen für Stromausfälle vorgesorgt?**

**Die Ergebnisse unserer zweiteiligen Umfrage sind kostenlos verfügbar!**

**The better the question. The better the answer.  
The better the world works.**



**Aktuelle Insights hier in unserer Studie zum Download:**

